

# Altmaiers Alarm

Der Umweltminister greift zum letzten Mittel. In einem Brandbrief an die Länder mahnt er, erneuerbare Energien nicht mehr so stark zu fördern. Ohne Reformen drohen bald ein Strompreisschock und Milliardenlasten für die Industrie.

Klaus Stratmann  
Berlin

**D**ie Hiobsbotschaft könnte mitten in die heiße Phase des Wahlkampfs fallen: Mitte August droht ein neuer Strompreisschock.

(...)

(...)

(...)

Sollte die EU-Kommission nun auch wegen der EEG-Umlage ein Beihilfeverfahren eröffnen, müssten die Unternehmen Rückstellungen für den Fall bilden, dass Brüssel sich mit seiner Haltung durchsetzt. Fallen am Ende die Privilegien für die Unternehmen, kämen auf die deutsche Industrie Mehrbelastungen von 2,4 Milliarden Euro zu.

Altmaier, der bisher glücklose Minister, will das auf jeden Fall verhindern: „Ich versuche seit Monaten, zu erreichen, dass ein Beihilfeverfahren erst gar nicht eröffnet und stattdessen eine politische Lösung gefunden wird.“

Dazu bringt der CDU-Politiker erneut seine Strompreissbremse ins Spiel, die er Ende Januar vorgestellt hatte. Sie sah eine Reduzierung der besonderen Ausgleichsregelung um 700 Millionen Euro pro Jahr vor.

**D**er Vermerk aus dem Bundeswirtschaftsministerium hat es in sich, und er macht deutlich, dass die Warnung von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) vor drastischen Schritten der EU-Kommission nicht aus der Luft gegriffen ist: Bereits im November vergangenen Jahres notierten die Beamten aus dem Ressort von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) nach einem Besuch bei der EU-Kommission, die Brüsseler Beamten hätten deutlich gemacht, „dass sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) insgesamt“ als staatliche Beihilfe betrachteten.

(...)

Die anhaltende Kritik aus Brüssel spielt Altmaier nun in die Hände.

Zwar ist den Akteuren aller Parteien klar, dass das EEG stark reformbedürftig ist. Alle Bemühungen, die Förderung der Erneuerbaren neu zu organisieren, scheiterten jedoch bislang am breiten Widerstand der gut organisierten Ökostromlobby, die beste Kontakte in alle Parteien pflegt. Auch die Länder stellen sich regelmäßig quer, wollen wahlweise ihre Windkraft- oder ihre Solarbranche schützen oder aber verhindern, dass die Privilegien der Industrie angegriffen werden. Das Ergebnis ist Stillstand bei den Reformbemühungen - und solides Wachstum beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Investoren freuen sich über auskömmliche Vergütungen für den produzierten Strom und über Abnahmegarantien.

(...)

Die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren sind in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Mittlerweile ist jede Kilowattstunde Strom mit eine Abgabe zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Quellen in Höhe von 5,277 Cent belegt. 2008 lag der Wert noch bei 1,15 Cent.

Damit ist die EEG-Umlage heute höher als der eigentliche Preis der Ware: Eine Kilowattstunde Strom ist an der Strombörse für weniger als vier Cent zu haben. Insgesamt dürfte sich die Umlage im vergangenen Jahr auf rund 20 Milliarden Euro summiert haben. ✕

## STROMPREISBREMSE

# Ein Minister gibt nicht auf

Altmaier setzt alles daran, seine Idee doch noch durchzusetzen.

**A**m 28. Januar 2013 zog der Bundesumweltminister ein Papier aus der Tasche, das die Energiebranche in Aufregung versetzte. Peter Altmaier listete darin auf, wie er die Kostenexplosion bei der Förderung der erneuerbaren Energien eindämmen wollte. Unter der Bezeichnung „Strompreisbremse“ fasste er seine Pläne zusammen. Die Diskussion war rege, das Ergebnis dürftig: Die Bundesländer machten dem Minister einen Strich durch die Rechnung.

(...)

In Altmaiers Ursprungsfassung enthielt das Konzept für die Strompreisbremse eine Forderung, die in der Erneuerbare-Energien-Branche die Alarmglocken schrillen ließ: Altmaier wollte nachträglich bereits fest zugesagte Einspeisevergütungen kürzen. Nach wenigen Wochen war dieser Punkt aus dem Forderungskatalog gestrichen.

(...)

**Für Altmaier ist es wichtig, mit der Strompreisbremse wenigstens noch einen Teilerfolg zu erzielen.**

Klaus Stratmann